



Nr. 31

22. August 20205

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb-Chef Volker Geyer im Interview mit der Rheinischen Post
[Digitale Lösung bei Gesetzgebung immer mitdenken](#)

Gespräch mit Finanzminister Klingbeil
[Beamtenpolitik: dbb macht weiter Druck beim Bund](#)

Verbändeanhörung zum Anpassungsgesetz
[Nachschärfung der Krankenhausreform:
Bitte keine Rolle rückwärts!](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern
[Kritik an Berichterstattung über die Versorgungsausgaben](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
[Entlassung von Bahnchef Lutz begrüßt, umfassende
Reformen gefordert](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
[Europäischer Drogenbericht 2025: Stärkung des Zolls gefordert](#)

vbbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte
[Diskussion um Berufsbeamtentum: Mehr Sachlichkeit gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

dbb-Chef Volker Geyer im Interview mit der Rheinischen Post **Digitale Lösung bei Gesetzgebung immer mitdenken**

Fachkräftemangel, sinkendes Vertrauen in den Staat, und eine Aufholjagd bei der Digitalisierung: Die Politik muss beim Staatsdienst mitanpacken, statt ziellose Debatten zu führen.

Die Politik sollte sich auf die Probleme konzentrieren, die den Menschen in Deutschland wirklich unter den Nägeln brennen, forderte dbb-Bundeschef Volker Geyer am 18. August 2025 in einem Interview mit der Rheinischen Post: „Die Forderung von Frau Reiche zum Beispiel, nach einer längeren Lebensarbeitszeit für alle, geht doch völlig an der Wirklichkeit vorbei. Die Menschen brauchen Entlastung und keine weitere Belastung. Dafür sprechen schon die stetig steigenden Zahlen psychischer Erkrankungen.“

Der dbb erwartet von der Bundesregierung, dass sie jetzt Halt, Orientierung und Sicherheit gibt – in Sachen Wirtschaftsstandort, Sozialstaat und innerer Sicherheit. Bei der dbb-Bürgerbefragung 2024 gaben 70 Prozent an, dass sie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates verloren hätten. „Wir haben das gerade erneut abfragen lassen“, erklärte Geyer. „Ohne der Präsentation im September vorgreifen zu wollen: Die Situation hat sich nicht verbessert, im Gegenteil.“

Geyer weiter: „Uns fehlen jetzt schon 600.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Zu wenig Personal merkt der Bürger sofort, wenn er bei Anträgen oder in der Schlange vorm Bürgeramt warten muss. Deshalb brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen, also bessere Entlohnungen, Arbeitszeiten und Karrierechancen,

um mehr Menschen vom Arbeitgeber Staat zu überzeugen.“ Die Kernfrage sei: Welche Aufgaben soll und kann der Staat zukünftig erfüllen und wie viel Personal braucht er dafür?

Im Interview hob der dbb-Chef seine Erwartungen an Digitalisierungsminister Wildberger hervor: „Bei jedem Gesetz des Deutschen Bundestages muss eine digitale Lösung gleich mitgedacht und den Ländern und Kommunen angeboten werden.“ Er empfahl, ein System zu schaffen, in dem Kommunen und Länder, die smarten Lösungen schaffen, davon finanziell profitieren und es allen anderen kostenfrei zur Verfügung stellen. Das Ziel sei klar: „Wir müssen bei der Digitalisierung vorankommen. Und wir müssen endlich zu einem wirklichen Bürokratieabbau kommen.“

Von dem Vorschlag, keine Lehrkräfte mehr zu verbeamten, hält Geyer nichts: „Die Lehrertätigkeit ist eine zutiefst hoheitliche Aufgabe, die massiv in das Leben der Schülerinnen und Schüler eingreift. Außerdem sollte die Schule ein streikfreier Raum bleiben. Und gerade in der heutigen Zeit wollen wir zudem einen ideologiefreien Unterricht. Das stellen Lehrer sicher, die sich der Verfassung verpflichtet haben.“

Das vollständige Interview gibt es [hier](#).

Gespräch mit Finanzminister Klingbeil **Beamtenpolitik: dbb macht weiter Druck beim Bund**

Arbeitszeit, Besoldung, Versorgung: Im Gespräch mit Bundesfinanzminister Lars Klingbeil hat dbb-Chef Volker Geyer erklärt, was die Beamtinnen und Beamten erwarten.

Arbeitszeit

Der Bund schuldet seinen Beamtinnen und Beamten die längst überfällige Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung auf 41 Stunden. „Das wurde als vorübergehende Sparmaßnahme angekündigt – vor über 20 Jahren. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht, endlich eine Trendwende einzuleiten“, machte Geyer am 21. August 2025 deutlich.

Besoldung

Hier gibt es beim Bund sogar zwei große Baustellen, erklärte Geyer: „Erstens fehlt immer noch ein Gesetzentwurf, um das Tarifergebnis aus dem April auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes zu übertragen. Zweitens warten wir – mittlerweile auch seit fünf Jahren – auf die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation. Natürlich wird das Geld kos-

ten, deshalb war es mir wichtig, dem Bundesfinanzminister nochmal die Dringlichkeit klarzumachen.“

Versorgung

Den Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Bas, Beamtinnen und Beamte in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, hat der dbb bereits klar und deutlich abgelehnt. Geyer: „Wir erwarten von der gesamten Bun-

desregierung, egal welcher Partei, volle Konzentration auf die seriöse Lösung von realen Problemen und ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum.“

Gemeinsam stark

Begleitet wurde der dbb-Chef von dbb-Vize Heiko Teggatz (Deutsche Polizeigewerkschaft) und Thomas Liebel (BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft).

Verbändeanhörung zum Anpassungsgesetz

Nachschärfung der Krankenhausreform: Bitte keine Rolle rückwärts!

Der dbb befürchtet, dass zentrale Bestandteile der Krankenhausreform schon wieder rückabgewickelt werden.

Den Ländern die Hoheit über die Krankenhausplanung weitestgehend zu entziehen war auch aus Sicht des dbb ein Webfehler im Gesetz, dass zu Beginn des Jahres noch von der Ampelkoalition auf den Weg gebracht wurde. Der nun mit dem Weiterentwicklungsgesetz beschrittene Weg, den zuständigen Landesbehörden durch Ausnahmeregelungen einen Teil ihrer Autonomie wieder zurückzugeben ist aus Sicht des dbb jedoch der falsche Weg. „Bitte keine Rolle rückwärts! Wenn den Krankenhäusern, die die geforderten Qualitätskriterien nicht erbringen, durch die Hintertür doch wieder für bestimmte Behandlungen zugelassen werden, höhlt das die Versorgungsqualität aus und widerspricht dem eigentlichen Reformvorhaben“, so der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer anlässlich der Verbändeanhörung des Bundesgesundheitsministeriums am 21. August 2021 in Berlin. „Die Versorgung in der Fläche durch Senkung der Qualitätsstandards zu sichern, ist Unsinn. Und wenn bei Fusionen einzelner Häuser die Mindestfallzahlen nur durch Zusammenrechnung der Fälle in den betroffenen Kliniken erreicht werden, geben die

Zahlen ein falsches Bild ab und wiegen Patientinnen und Patienten in trügerischer Sicherheit.“ Positiv bewertet der dbb die Inanspruchnahme des Sondervermögens Infrastruktur für den Krankenhaustransformationsfonds. Damit werden – entgegen der ursprünglichen Planung, Beitragszahlende mittelfristig um 25 Milliarden Euro entlastet.

„Was uns bei aller Diskussion zur Umstellung der Finanzierung, Fallgruppen und Krankenhausplanung aber wirklich stört, ist die fehlende Perspektive der Beschäftigten“, sagte der dbb Chef. „Wenn der Gesetzgeber Anreize zu Fusionen und Zusammenschlüssen schafft und sich durch Zuweisung und Aberkennung bestimmter Leistungsgruppen das Behandlungsspektrum der Kliniken ändert: Was macht das mit den Beschäftigten vor Ort? Wir haben deutlich gemacht, dass Arbeitnehmermobilität nicht vorausgesetzt werden kann und Ängste vor drohenden Klinikschließungen durchaus real sind. Deshalb muss Politik sicherstellen, dass alle Änderungen sozialverträglich umgesetzt werden. Das Motto muss lauten: Nicht ohne die Beschäftigten!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Kritik an Berichterstattung über die Versorgungsausgaben

„Die Versorgungsausgaben für Beamtinnen, Beamte und deren Hinterbliebene sind kein überraschender Kostenfaktor, sondern eine verlässliche Größe, mit der das Land seit Jahrzehnten bewusst plant. Wer sich für eine Verbeamtung entscheidet, verzichtet während seiner aktiven Dienstzeit auf bestimmte Rechte – zum Beispiel das Streikrecht – und übernimmt besondere

Pflichten, etwa eine lebenslange Treuepflicht gegenüber dem Staat. Im Gegenzug steht die Versorgung im Alter. Das ist ein klarer Bestandteil des Dienst- und Treueverhältnisses, kein Geschenk“, so der Landesvorsitzende des dbb m-v Dietmar Knecht am 21. August 2025.

Die aktuelle Debatte über angeblich „wachsende Belastungen des Landeshaushalts“ greife zu kurz und einseitig. Die Pensionen seien eine fest einkalkulierte Größe und Folge der enthaltsamen Verbeamtungspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Dementsprechend haben das Land und die Beamtenschaft langfristig vorgesorgt und einen Versorgungsfonds gebildet, in den jede Beamtin und jeder Beamte zwölf Jahre lang von jeder Besoldungserhöhung 0,2 Prozent aus eigener Tasche eingezahlt hat. „Die Pensionszahlungen belasten somit nicht wie behauptet den aktuellen Landeshaushalt, sondern den Versorgungsfonds. Dieser ist darauf angelegt, zunächst die steigenden Pensionszahlungen aufzufangen. Die Zahl der Pensionäre wird Ende der 2030-er Jahre darüber hinaus wieder abnehmen. Voraussetzung ist dabei, dass das Land zu seinen Verpflichtungen steht und die zurückgestellten Gelder nicht zweckentfremdet einsetzt“, so Knecht weiter.

Darüber hinaus weist der dbb m-v darauf hin, dass Versorgungsausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben des Landes eine moderate Größe darstellen und zudem durch steigende Einkommensteuerzahlungen der aktiven Beamtinnen und Beamten sowie durch deren hohen Arbeits- und Einsatzwert aufgewogen werden. Die Versorgungs-Steuerquote beträgt lediglich 4,2 Prozent und damit am drittniedrigsten im Vergleich aller Bundesländer. Knecht: „Es ist Zeit, die Diskussion zu versachlichen. Die Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern haben sich ihre Versorgung durch treue und engagierte Arbeit redlich verdient. Wer die Pensionen infrage stellt, stellt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes infrage – mit gravierenden Folgen für Nachwuchsgewinnung, Funktionsfähigkeit und auch die Demokratie unseres Staates.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Entlassung von Bahnchef Lutz begrüßt, umfassende Reformen gefordert

Die GDL hat den entschlossenen Schritt von Bundesverkehrsminister Schnieder, den langjährigen Bahnchef Richard Lutz zu entlassen, begrüßt. Das sei ein wichtiges Zeichen für den Willen des Ministers, die akuten Probleme bei der DB anzugehen.

„Die Entlassung von Herrn Lutz war eine notwendige Konsequenz des jahrelangen Missmanagements, das die Deutsche Bahn immer tiefer in die derzeitige Krise geführt hat“, so der GDL-Bundesvorsitzende Mario Reiß am 15. August 2025. „Diese Entscheidung war richtig und unumgänglich.“ Seit Jahren litten die Eisenbahner und die Kunden unter einem Management, das Fehlentscheidungen auf ihrem Rücken austrägt: Überlastung, Personalabbau und fehlende Wertschätzung seien die Realität.

Allerdings sei es mit einem reinen Austausch der Führungsperson nicht getan, betonte Reiß. Die tiefgreifenden Probleme der Bahn würden umfassendere und nachhaltige Maßnahmen erfordern. Dazu gehörten insbesondere die Sanierung und Entflechtung der Finanzströme,

die dringend benötigte Modernisierung der Infrastruktur sowie eine grundlegende Reform der Unternehmensstruktur, um die Bahn zukunftsfest aufzustellen. Wiederholt hat die GDL die Entflechtung der DB-Strukturen gefordert. Auch die Ausrichtung als Aktiengesellschaft müsse auf den Prüfstand. Der Bund müsse als Eigentümer hier die Verantwortung übernehmen und endlich im Sinne der Fahrgäste und der Beschäftigten handeln.

Die Arbeit der Beschäftigten sei das Herz der Bahn – ohne Lokomotivführer, Zugbegleiter, Fahrdienstleiter, Werkstatt- und Servicepersonal stehe das Land still. Ihre Leistung verdient nicht nur Respekt in Sonntagsreden, sondern konkrete Verbesserungen in Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Mitbestimmung.

Zoll- und Finanzgewerkschaft

Europäischer Drogenbericht 2025: Stärkung des Zolls gefordert

Der von der Europäischen Drogenagentur (EUDA) vorgestellte Europäische Drogenbericht 2025 bestätigt einen besorgniserregenden Wandel auf dem europäischen Drogenmarkt. Der BDZ fordert umfassende Investitionen in Personal, Einsatztechnik sowie eine gezielte Digitalisierung.

Der EUDA-Bericht warnt eindringlich vor der stetig steigenden Verfügbarkeit illegaler Drogen und den neuen Herausforderungen durch hochwirksame synthetische Substanzen wie Cathinone, Nitazene und neuartige Cannabinoide. Besonders alarmierend ist laut Bericht die Zunahme von Drogentodesfällen infolge synthetischer Opioide sowie die immer komplexeren Schmuggelstrukturen. Organisierte Kriminalität nutzt Digitalisierung, neue Handelswege und globale Lieferketten. Die Sicherheitslage in deutschen Seehäfen steht angesichts massiver Kokainaufgriffe besonders im Fokus.

Der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel erklärte am 15. August 2025: „Angesichts dieser dramatischen Entwicklung benötigen wir einen entschlossen handlungsfähigen Zoll. Nur so kann der Staat im Kampf gegen internationalen Drogenschmuggel und hochdynamische kriminelle Netzwerke bestehen. Schon heute geraten die Beschäftigten an technische, personelle und organisatorische Grenzen.“ Konkret fordert der BDZ:

Personalaufstockung: Der Zoll braucht umgehend mehr Fachkräfte sowohl für Kontrollen an den Grenzen als auch für die Zollfahndung und Laborkapazitäten, insbesondere beim Nachweis neuer synthetischer Substanzen.
Modernste Einsatztechnik: Die Ausstattung mit innovativer Detektions- und Prüftechnologie

(zum Beispiel Schnelltests für neue Drogenarten, digitale Röntgensysteme) muss an den internationalen Warenströmen orientiert und kontinuierlich ausgebaut werden.

Digitalisierung stärken: Der Zoll benötigt Investitionen in KI-gestützte Datenanalyse, intelligente Risiko-Profiling-Systeme und eine durchgängige Digitalisierung der Kontrollprozesse, um den Herausforderungen des Onlinehandels und der stetig steigenden Paketzahlen zu begegnen.

Rechtssichere Kompetenzerweiterung: Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz technischer Mittel sowie für Kooperationen mit anderen europäischen Sicherheitsbehörden müssen gestärkt und vereinheitlicht werden.

Gezielte Prävention: Neben repressiven Maßnahmen fordert die BDZ gezielte Aufklärungskampagnen, insbesondere gegen die Gefahren durch Online-Drogenhandel und gefälschte Arzneimittel.

Der BDZ mahnt die Bundesregierung, die Herausforderungen des neuen Drogenberichts ernst zu nehmen und nicht länger an der personellen und technischen Ausstattung des Zolls zu sparen.

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte

Diskussion um Berufsbeamtentum: Mehr Sachlichkeit gefordert

Der vbob übt deutliche Kritik an der Debatte um das Berufsbeamtentum. Dabei würden Fakten ignoriert.

„Die SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas will die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung, obwohl sie sicher den Anfang 2024 verfassten Arbeitsbericht der Regierungsberatenden sogenannten Wirtschaftsweisen kennt, aus dem bereits damals eindeutig hervorging, dass dieser Vorschlag ungeeignet ist für eine Lösung der strukturellen Probleme der Gesetzlichen Rentenversicherung“, hieß es am 19. August 2025 vom vbob. Dass

über diese Probleme gesprochen werden muss, sei richtig, aber: „Es braucht dazu nicht die große mediale Bühne, sondern Fachleute in Gremien, wie die längst verabredete Rentenkommision, die im kommenden Jahr die Arbeit aufnehmen wird.“ Bürgerinnen und Bürger einerseits und staatliche Bedienstete andererseits hätten das Recht auf eine seriöse Behandlung der Themen.

Auch der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann habe dem Berufsbeamtentum den Kampf angesagt. „Er definiert nun freiweg Berufsgruppen, die aus seiner Sicht nur noch verbeamtet werden sollen“, so die vbob-Kritik.

„Das hilft weder in der Sache noch löst es irgendein Problem. ‚Einfach mal machen‘ bedeutet in diesem Fall, sich vorher mal mit der Materie ausgiebig zu befassen.“

Namen und Nachrichten

Im Rahmen eines ersten Kennenlerngesprächs trafen Vertreter des **Thüringer Beamtenbundes (tbb)** mit dem Thüringer Landtagspräsidenten Thadäus König am 20. August 2025 zusammen. In einer offenen und konstruktiven Atmosphäre wurden zentrale Themen im Thüringer Landtag besprochen, die für die weitere

Zusammenarbeit von großer Bedeutung sind. Im Mittelpunkt der Fachgespräche standen dabei die amtsangemessene Alimentation, die Ausbildungsoffensive im öffentlichen Dienst sowie die Frage nach Gesetzen aus der Mitte des Landtags.